

## **Anhebung der Zuschusshöhe für die jüdische Gemeinde**

Berichtersteller/-in: Bürgermeister Junge

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Kassel gewährt der Jüdischen Gemeinde im Jahr 2007 zusätzlich zu den bisher bewilligten und geleisteten Zuwendungen eine Zahlung in Höhe von 56.000 € zur Stabilisierung der Finanzsituation.
2. Ab dem Jahr 2008 erhöht die Stadt Kassel die Zuschusshöhe für die Jüdische Gemeinde von derzeit 10.000 € auf 60.000 € jährlich, vorbehaltlich des Beschlusses des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2008 durch die städtischen Gremien sowie der Genehmigung des Haushalts durch die Aufsichtsbehörde. Über die zukünftige Zuschussgewährung ist zu gegebener Zeit ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zu schließen.
3. Von der Vorlage eines Verwendungsnachweises gemäß Ziffer 3.1.1. der Zuwendungsrichtlinien der Stadt Kassel v. 30.01.2003 wird abgesehen, da auf eine Einzelprüfung der religiösen und gemeindlichen Arbeit verzichtet werden soll. Stattdessen ist vom Zuwendungsempfänger eine Erklärung über die Verwendung der Zuwendung entsprechend der Anlage 8 der Zuwendungsrichtlinien der Stadt Kassel abzugeben.
4. Zur Finanzierung der zusätzlich benötigten Mittel für das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 56.000 € wird gem. § 114 g Abs.1 HGO eine Mehraufwendung bei Teilhaushalt 41001 (Kulturamt allgemein) für die Kostenstelle 410 00 102 im Sachkonto 791 150 000 bewilligt.

Zur Deckung dieser Auszahlung stehen Mittel bei der Kostenstelle 900 020 01 im Sammelnachweis 01 bei dem Sachkonto 636 000 000 (Dienstbezüge einschließlich Zulagen für Beamte) zur Verfügung.

### **Begründung:**

Die Jüdische Gemeinde Kassel ist in den vergangenen Jahren zur zweitgrößten Jüdischen Gemeinde in Hessen angewachsen. Die Förderung und Pflege der Religion und Kultur ist für die Stadt Kassel eine historische Verpflichtung. Die Anhebung der

Zuschusshöhe für das Jahr 2007 und die Absicht ab dem Jahr 2008 einen erhöhten Zuschuss auf der Grundlage eines Vertrages zu zahlen, waren Gegenstand der Beratungen im Ältestenrat. Danach soll die städtische Zuwendung einen Beitrag zur dauerhaften und nachhaltigen Absicherung der Arbeit in der Jüdischen Gemeinde leisten. Aus diesem Grund ist beabsichtigt, die bislang gewährte Zuwendung in Höhe von 10.000 € jährlich auf zukünftig 60.000 € jährlich aufzustocken.

Nach einer Überprüfung der finanziellen Situation der Jüdischen Gemeinde durch einen neutralen Sachverständigen wird eine Anhebung der regelmäßigen Fördersumme, gerade auch im Hinblick auf die erheblich höheren Beträge, die südhessische Städte ihren Jüdischen Gemeinden gewähren, grundsätzlich befürwortet.

Um akute Finanzprobleme im Jahr 2007 lösen zu können, soll über den bisherigen Zuschuss von 10.000 € hinaus einmalig eine Zuwendung von 56.000 € gezahlt werden.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 17. September 2007 der Vorlage zugestimmt.

Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister